

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Integrationsrates
am Mittwoch, **09.10.2013**, 18:15 Uhr - 21:15 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Hüseyin Avlar , Mehmet Akif Cetinkaya , Yildirim Eroglu , Sylvie Eschkotte , Christoph Kattentidt , Manfred Kehr , Antonio Machado da Silva , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinos , Franziskus-Pius Graf von Merveldt , Pascal Powroznik , Deler Saber , Petra Seyfferth , Dr. Georgios Tsakalidis , Dr. Ömer Lütfü Yavuz , Ahmet Yesilyaprak ,

von der Verwaltung

Daniel Bracht , Ulrich Klitz , Jochen Köhnke , Gabriele Regenitter , Andreas Tschöpe ,

für die Schriftführung

Regina Etienne ,

von der Verwaltung

Thomas Paal ,

Es fehlte/n:

Joachim Bruns , Dr. Diraid Ibrahim , Aynur Küçük , Türkan Kurt , Hoang Ngan Nguyen , Dr. Musa Mohammad Omar , Ahmet Özdemir , Kakha Tandilashvili , Robert von Olberg , Peter Wolfgarten , Sandra Wübken ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Integrationsrates am 09.10.2013

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Eingänge und Mitteilungen**2. Anhörungen**

- 2.1. Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadt Münster - V/0462/2013 - Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

3. Berichte

V/0649/2013

V

- 3.1. Erfahrungsbericht zum städtischen Belegungsmanagement
Mit einer einstimmig beschlossenen Anregung des Integrationsrates an den Finanzausschuss der Stadt Münster

4. Entscheidungen

V/0680/2013

V

- 4.1. Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten

V/0757/2013

V

- 4.2. Wahl des/der Vertreter/in im Fachbeirat des Kommunalen Integrationszentrum Münster
Zwei Kandidaten waren zur Wahl angetreten: Herr Powroznik und Herr Marinos.
Herr Powroznik erhielt zwei Jastimmen und hatte damit die Wahl verloren.
Herr Marinos erhielt keine Gegenstimme. 3 Mitglieder enthielten sich.

5. Berichte aus den Ausschüssen**6. Verschiedenes**

- 6.1. Offene Diskussion zur Änderung der Gemeindeordnung, § 27 GO
- 6.2. Beratungspläne für die Sitzungen der Fachausschüsse - Beratung des Haushaltsplanes 2014

Herr Marinos eröffnete die Sitzung um 18.10 Uhr und stellte die fristgemäße Zustellung der Einladung fest. Er begrüßte alle anwesenden Mitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste und wünschte allen einen erfolgreichen Sitzung.

Änderungsvorschläge zur Tagesordnung wurden keine abgegeben.

Herr Marinos bat nun zwei traurigen Ereignissen der letzten Tage, die Aufmerksamkeit aller zu schenken: Herr Fritz Krüger, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Münster und langjähriger SPD-Ratsherr war im Alter von 91 Jahren am 02.10.2013 verstorben. Das Schiffsunglück mit Flüchtlingen vor der italienischen Lapedusa hatte zahlreiche Opfer gefordert und es gelte der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass es im Europäischen Recht bald zu einer Änderungen kom-

men möge. Der Vorsitzende bat alle Anwesenden, sich zu erheben und mit einer Schweigeminute den Toden zu gedenken.

Es erhoben sich alle Anwesenden und gedachten den Verstorbenen in einer Schweigeminute.

Anschließend entschuldigte Herr Marinos folgende Mitglieder, die sich vor der Sitzung gemeldet hatten: Frau Türkan, Herr von Olberg, Herr Bruns, Herr Dr. Ibrahim. Außerdem gab er bekannt, dass sich zur Montagsrunde folgende Personen abgemeldet hatte: Herr Machado da Silva, Frau Seyfferth, Herr Powroznik und Herr Dr. Yavuz.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

1.

Das Interkulturelle Fest war auch in diesem Jahr wieder eine gelungene Veranstaltung des Integrationsrates der Stadt Münster, wie Herr Marinos resümierte. Er merkte aber auch an, dass das gefahrene aufwändige Konzept kaum weiter zu finanzieren sei. Hier sollte es für das nächste Jahr neue Überlegungen geben, die weniger stark die Finanzen des Integrationsrates belasten.

2014 wird außerdem gleichzeitig zum Interkulturellen Fest das Domjubiläum stattfinden. Zur Absprache wurde bereits ein Termin mit der Domkirchenverwaltung am 23.10.2013 vereinbart.

Anlässlich des Ökumenischen Gottesdienstes in der Dominikanerkirche in diesem Jahr, konnte eine Kollekte in Höhe von 255,00 € auf das der medizinischen Flüchtlingshilfe (Stiftung Generalarmenfonds) überwiesen werden.

Weitere Veranstaltungshinweise folgten:

2.

Am 03.10.2010 fand am Tag der offenen Moscheen eine Feier diesmal in der Moschee Am Meßkamp statt.

3.

Der Integrationsrat wird eine wissenschaftliche Abhandlung eines Islamwissenschaftlers, der kürzlich ein Praktikum im Büro des Integrationsrates absolvierte. Es geht um die Aussage des damaligen Ministerpräsidenten Wulff, dass „der Islam zu Deutschland gehört“. Derzeit würde es inhaltlich durch die Universität geprüft werden.

4.

Am Montag, den 11.11.2013, 18.00 Uhr, wird Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages 2005 - 2013 einen Vortrag zur Situation in Syrien halten. Diese Veranstaltung führt der Integrationsrat zusammen mit der GGUA durch.

5.

Auf eine Veranstaltung im Lorenz-Süd am 07.10.2013 wurde hingewiesen.

6.

Eine Ausstellung in der Dominikanerkirche „Erfüllte Leere“ der bekannten japanischen Malerin Naomi Okamoto wird bald stattfinden. Diese Veranstaltung wird mit dem Integrationsrat veranstaltet werden. Thema: Der Tod. Auch der von Flüchtlingen.

7.

Herr Marinos musste bei seinem Wagen einen Schaden von 1.800,00 € selbst zahlen. Sein Mitgliedschaft im Integrationsrat wurde nicht als gleichwertig zu der eines Ratsmitgliedes seitens der Versicherung gewertet, die ansonsten hier möglicherweise eingesprungen wäre. Dies solle nur noch ein Hinweis auf die unterschiedliche Art und Weise der Behandlung von Gremienmitgliedern sein.

8.

Herr Marinos berichtete vom Fall, in dem einer Romafräu das Arkodeon seitens des Ordnungsamtes eingezogen worden war. Man habe versucht, hier zu vermitteln.

9.

Herr Centinkaya wird an einer Veranstaltung der LAGA zur Änderung des §27 GO NRW teilnehmen.

10.

Am 13.12.2013 findet eine Veranstaltung statt zum Thema Asyl und Flüchtlingsarbeit.

11.

„Kein Meter den Nazis“ – am 20.10.2013 wird in der Frauenstraße ein Treffen stattfinden, in dem es zur Diskussion kommen soll und Strategien gefunden werden sollen.

12.

Prof. Dr. Gesine Schwan wird am 03.11.2013 zur Deutschen Wiedervereinigung, Europa und der Krise in Griechenlandsprechen.

13.

Bald wird die erste Auftaktveranstaltung zum Migrationsleitbild stattfinden.

14.

Frau Pohl, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien konnte der Einladung des Integrationsrates nicht folgend und lies sich entschuldigen. Herr Marinos verlas die E-mail mit Ihren Vorschlägen an das Gremium, wie die Fragen nach interkulturellen bzw. migrationsspezifischen Daten beantwortet werden können. Hier ein Auszug aus der E-mail, die das Gespräch der Geschäftsstelle mit Frau Pohl wiedergibt und ihr persönlich freigegeben wurde:

„Im Ergebnis hält sie den Geschäftsbericht als Datenquelle für die gewünschte Datenzusammenstellung für ungeeignet und bittet daher davon abzusehen, hier einen Bericht zu erwarten. Im Detail werden die Fachberichte aber in der gewünschten Tiefe/ Breite aufgearbeitet: Zu Beginn des Jahre 2014 wird es den Bericht zum Kinder- und Jugendförderplan geben. Außerdem wird im II. Quartal 2014 der Kindertagesbetreuungsbericht ebenfalls Daten zum gewünschten und erwarteten Schwerpunktthema liefern. Im Übrigen würden im Amt für Kinder- und Jugendliche und Familien weiter auch die Daten für das neue Integrationsmonitoring aufgearbeitet werden. Zu allen drei Berichten wird das Amt 51 dann gerne im Gremium berichten.“

Herr Köhnke berichtet im Folgenden:

1.

Veranstaltung zur Überarbeitung des Migrations-Leitbildes unter Leitung von Prof. Räuber stünde an. Die Auftaktveranstaltung würde nun geplant und vorbereitet werden. Es würden circa 50 Personen aus Politik und von Trägern der freien Wohlfahrtsverbände mit eingeladen werden. Ein Vertreter der AW0 sei heute hier auch zu Gast. Das Protokoll würde allen zugeschickt werden. Das wäre dann auch schon die nächste Hinleitung zum nächsten Workshop in der es zu einer 1. Überarbeitung kommen würde. Man würde sich noch 2 Mal treffen und dabei jeweils an

verschiedenen Themen arbeiten. Es gäbe noch einen weiteren vorgemerkten Termin im Februar: Für den Fall, dass die anderen Termine zur Fertigstellung nicht ausreichen würden.

2.

Erneuter Hinweis auf die Veranstaltung der Stadt Münster im Bennohaus am 10.10.2013: Türen öffnen – Menschen mit Migrationsvorgeschichte und Behinderungen in Münster.

3.

Hinweis auf die Veranstaltung „Gesund & aktiv – Alter werden in Münster“: Eine Informationsbörse, die in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten und der Kommunalen Seniorenvertretung Münsters am 24.10.2013 im Gesundheitshaus stattfinden wird.

4.

Hinweis auf die allen Mitgliedern vorliegende Einladung zur MSO-Tagung am 17.10.2013. Herr Köhnke erläuterte, dass in Ermangelung einer Dachorganisation für alle MSOs es an diesem Tag auch zur Wahl eines Teilnehmers am Fachbeirat für das Kommunale Integrationszentrum kommen soll. Er rief zur tatkräftigen Unterstützung durch die Gremienmitglieder auf.

5.

Herr Köhnke berichtet vom Stand der Vorlage „Steigerung der Wahlbeteiligung“

Herr Marinos begrüßte an dieser Stelle Herrn Klose, der als Vertreter der AWO und als Sprecher der Wohlfahrtsverbände an dieser Sitzung teilnahm.

Außerdem wies er noch auf eine Veranstaltung des Upla e.V. am 12.10.2013 im Hotel Mercure hin: Lateinamerikanische Wochen.

Herr Dr. Tsakalidis bemerkte, dass er die Niederschriften der letzten Sitzungen vermissen würde. Er bat um baldige Erledigung. Herr Köhnke als Vertreter der Verwaltung versprach, diesen Hinweis aufzunehmen.

Herr Kehr berichtete von einer Veranstaltung zum Thema Islam mit Workshops am 12.10.2013 (verschoben vom 05.10.). Auch Münster werde sich am Projekt beteiligen. Herr Kehr und Herr Marinos planen, an unterschiedlichen Projekten der Veranstaltung für die Stadt Münster teilzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Anhörungen

Punkt 2.1 der Tagesordnung

**Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen:
Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadt Münster - V/0462/2013 - Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Herr Daniel Pracht und Herr Andreas Tschöpe stellten die Vorlage V/0462/2013 „Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadt Münster“ vor. Der Integrationsrat war hier in die Beratungsfolge nachträglich zur Anhörung aufgenommen worden.

Nach der Zusammenfassung der Ergebnisse und Möglichkeiten, nach denen ein „Bürgerservice-Zentrum“ geben soll, wurden vom Gremium interessierte Fragen gestellt. Insbesondere die Vertretung des Ausländeramtes im Bereich des Stadthauses 1 wurde diskutiert. Sowie die in diesem Zusammenhang möglichen Dienstleistungsangebote, wie Dolmetscher in verschiedenen Sprachen.

Es solle außerdem eine Ergänzungsvorlage erarbeitet werden, so Herr Pracht, die den Änderungsantrag der Ratsfraktion Münster der Bündnis90/Die Grünen vom 16.09.2013, aufgreift. In dieser Änderung wurde jeweils an entsprechenden Stellen im Beschluss „in- und ausländische Einwohnerinnen und Einwohner“ ergänzt.

Herr Pracht und Herr Tschöpe verabschiedeten sich, nachdem keine weiteren Hinweise gegeben wurden.

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte

Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0649/2013

Erfahrungsbericht zum städtischen Belegungsmanagement

Frau Gabriele Regenitter (Amtsleiterin des Amtes für Wohnungswesen) und Herr Ulrich Klitz trugen den „Erfahrungsbericht zum städtischen Belegungsmanagement“ vor.

Das Gremium nahm die Berichtsvorlage begeistert auf. Die Einrichtung einer Stelle, die sich ausschließlich um Menschen mit besonderen großen Schwierigkeiten beim Suchen einer Wohnung auf dem Wohnungsmarkt zu helfen, wurde als sehr positiv aufgenommen. Die bereits erzielten Ergebnisse wurden entsprechend gewürdigt.

Frau Regenitter erinnerte an den Ursprung zu dieser neuen Einrichtung im Amt für Wohnungswesen, an der der Integrationsrat seinerzeit ebenfalls mit beteiligt war. Sie rief das Gremium zu einem politischen Signal auf, welches dann oft die Entscheidung beflügeln könne, wenn es darum ginge, die Stelle weiterhin im Stellenplan festzuschreiben.

Nach weiteren Ausführungen, die die prekären Situationen auf dem Wohnungsmarkt schilderten, stellte Frau Seyfferth den Antrag, dass der Integrationsrat einen Antrag an den Rat der Stadt Münster stellen möge, dass die Stelle „Belegungsmanagement“ weiter laufen solle. Ein entsprechender Antrag wurde formuliert und eingereicht.

„Anregung an den Rat der Stadt Münster

Der Integrationsrat der Stadt Münster befürwortet die Weiterführung der neu eingerichteten Stelle beim Amt für Wohnungswesen zur Unterstützung des städtischen Belegungsmanagements und die damit verbundene Unterstützung der Menschen mit Migrationsvorgeschichte bei der Wohnungssuche.“

Herr Marinos rief das Gremium zur Abstimmung über den Antrag auf. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Herr Marinos dankte anschließend Frau Regenitter und Herrn Klitz für Ihren Besuch und konstatierte, dass bezahlbarer Wohnraum ein hohes Gut ist, welches auch Thema in den nächsten Wahlen sein wird.

Bericht:

Vorbemerkungen

Die Verwaltung stellte mit der öffentlichen Berichtsvorlage vom 23.06.2010 den politischen Gremien im Herbst 2010 ein Konzept zur Anpassung des städtischen Belegungsmanagements vor, mit dem am Wohnungsmarkt besonders benachteiligte Haushalte bei ihrer Wohnungssuche unterstützt werden (Vorlage V/0363/2010). Zum Stellenplan 2012 wurde beim Amt für Wohnungswesen eine unbefristete Stelle zur Umsetzung der Konzeption eingerichtet. Sie wurde im August 2012 allerdings erst befristet für 2 Jahre mit einem Sozialarbeiter besetzt, da bis zu diesem Zeitpunkt genügend Erfahrungen und Vermittlungsdaten vorliegen, um die Effektivität und Effizienz dieser Stelle im Rahmen einer Evaluation beurteilen zu können.

Mit dieser Vorlage berichtet die Verwaltung nach einem Jahr über die Erfahrungen mit dem neuen Konzept und die Wirkungen des Belegungsmanagements.

Zielgruppe des Belegungsmanagements

Im Rahmen des Belegungsmanagements werden Haushalte bei der Wohnungssuche unterstützt, denen wegen besonderer persönlicher Problemlagen der Zugang zu angemessenem Wohnraum besonders erschwert oder völlig verwehrt ist.

Zur Zielgruppe gehören im Besonderen kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Personen, die altersbedingt oder wegen eingetretenen Pflegebedarfs sowie aufgrund von Mobilitätseinschränkungen dringend mit angemessenem Wohnraum versorgt werden sollten. Auch obdachlose Einzelpersonen oder Paare ohne festen Wohnsitz (ofW), die schon länger eine Wohnung suchen und bei denen die Gefahr besteht, ggf. den vorhandenen Arbeitsplatz zu verlieren, werden bei der Wohnungssuche unterstützt. Insbesondere die Verschlechterung schon vorhandener gesundheitlicher Einschränkungen dieser Personen durch fehlenden Wohnraum soll dringend vermieden werden.

Es gibt Haushalte, die schon über drei Jahre beim Amt für Wohnungswesen registriert sind und auf angemessene Wohnraumversorgung hoffen, aber auch kurzfristig sind zunehmend Haushalte betroffen, bei denen ein hoher Handlungsdruck besteht.

Allen gemein ist, dass die Haushalte auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind, da ihnen für ihren Lebensunterhalt zumeist Transferleistungen (SGB II, SGB XII), niedrige Renten oder nur geringes Erwerbseinkommen mit oder ohne Aufstockung mit Sozialleistungen zur Verfügung stehen. Eine Wohnraumversorgung am freifinanzierten Wohnungsmarkt ist für diese Zielgruppe in Münster kaum möglich.

Zugang zum Belegmanagement

In der Startphase wurden die gemeldeten Haushalte mit dringendem Versorgungsbedarf angeschrieben und ihnen das freiwillige Angebot der Unterstützung durch das Amt für Wohnungswesen unterbreitet. Die betroffenen Haushalte nahmen die Unterstützung und angebotenen Hausbesuche gerne in Anspruch. Bei Personen ohne festen Wohnsitz (ofW) oder bei Frauen,

die zurzeit im Frauenhaus untergebracht sind, vereinbarte der verantwortliche Sozialarbeiter Termine im Amt für Wohnungswesen.

Mittlerweile beschränkt sich der Zugang nicht mehr alleine auf die Kontaktaufnahme von im Amt für Wohnungswesen registrierten Wohnungssuchenden, sondern viele unterschiedliche soziale Träger, das Jobcenter, das Sozialamt usw. nutzen das Angebot des Belegungsmanagements. Es finden gemeinsame Hausbesuche mit gerichtlich bestellten Betreuern, Mitarbeitern aus dem Betreuten Wohnen usw. statt.

Insgesamt wurden bis Ende Juli 2013 im Rahmen des Belegungsmanagements 171 Haushalte betreut:

Anzahl der betreuten Haushalte nach Größe*					
1 Pers. HH	2.Pers.HH	3. Pers. HH	4. Pers.HH	5. Pers.HH	6. Pers. und mehr Pers. HH
72	30	19	15	21	14

(*Stand 31.07.2013)

Zwingende Voraussetzung für die Unterstützung durch das Angebot ist in allen Fällen ein gültiger Wohnberechtigungsschein.

Konzeption des Belegungsmanagement

Ziel der konzeptionellen Ausrichtung ist es, die betroffenen Haushalte nachhaltig mit Wohnraum zu versorgen.

Um für gezielte Wohnungsangebote sorgen zu können, ist als erster Schritt immer eine sorgfältige Prüfung der ausschlaggebenden Gründe und der persönlichen Lebensumstände, die einen Wohnungswechsel erforderlich machen und eine Versorgungsdringlichkeit erkennen lassen, notwendig. Durch Hausbesuche oder durch intensive Gespräche im Amt für Wohnungswesen werden folgende Informationen erhoben:

- Prüfung der Mietfähigkeit, (bisherige (Wohn)-Biografie, Bonität (Schufa-Einträge), ggf. Kostenübernahme und Umzugsgenehmigung durch den beteiligten Kostenträger,
- besondere Lebensumstände, Erwerbsbiografie und Lebensperspektiven,
- die Klärung besonderer Erfordernisse einer möglichen nachhaltigen Unterbringung (z.B., ob barrierefreies Wohnen notwendig ist),
- Klärung, ob Kontakt zu anderen städtischen Betreuungsstellen, sozialen Trägern oder speziellen Fachdiensten (z.B. Schuldnerberatungen) besteht und ggf. Einholung der Einwilligung zur zielgerichteten Kooperation mit den Einrichtungen.

Sollte die oben aufgeführte Klärung ergeben, dass eine dringliche Versorgungsnotwendigkeit dieses Haushaltes besteht, folgt eine:

- gezielte und offensive Wohnungssuche im engen Kontakt zu den beteiligten Akteuren,
- die Einleitung von erforderlichen Schritten zur Mietsicherung (z.B. Abtretung von Sozialleistungen, Anträge auf Übernahme von Kautionsdarlehen) ,
- Begleitung zu Wohnungsbesichtigungen,

- Aufbereitung der von den Wohnungsgesellschaften geforderten Unterlagen,
- Vermittlung und Einbeziehung begleitender Unterstützungsangebote wie Umzughilfen, Wohnraumanpassung usw.

Entsteht der Eindruck, dass eine Mietfähigkeit des Haushaltes z.B. durch offensichtliches verwahrlostes Erscheinungsbild, eine verwahrloste Wohnung, offensichtliche Suchterkrankungen, mangelnde Bonität etc. zum jetzigen Zeitpunkt zweifelhaft erscheint, wird auf andere Hilfen hingewiesen oder werden andere städtische Einrichtungen informiert, um dann ggf. bei Einmündung dieser Haushalte in ein notwendiges vorrangiges Hilfsangebot gemeinsam mit dem jeweiligen Akteur die Wohnraumversorgung erneut anzugehen.

Haushalte, die sich subjektiv als dringlich zu versorgender Fall empfinden und bereits Wohnungsangebote erhalten haben, diese jedoch nicht wahrgenommen bzw. aus nicht gerechtfertigten Gründen abgelehnt haben, erfahren keine Unterstützung (mehr) durch das Belegungsmanagement. Hier geht es in der Regel lediglich um die individuelle Verbesserung der bisherigen Wohnsituation, nicht um die objektiv dringliche Versorgung mit angemessenem Wohnraum.

Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften

Wichtiger Baustein der Konzeption ist die kooperative Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften, um geeigneten Wohnraum für die Zielgruppe zu akquirieren. Neben der persönlichen Vorstellung bei den einzelnen Wohnungsgesellschaften stellte der verantwortliche Sozialarbeiter das Belegungsmanagement im Arbeitskreis Wohnungsunternehmen vor, wo es eine breite Zustimmung fand und Unterstützung zugesagt wurde.

Generell wird den Vermietern bei entstehenden Schwierigkeiten vor und nach Abschluss des Mietvertrages Unterstützung zugesichert, sei es bei der Absicherung oder dem Ausfall der Mietzahlungen oder bei sonstigen Schwierigkeiten (z.B. Einhaltung der Hausordnung), die sich ergeben können.

In Absprache mit den Wohnungsgesellschaften wird auch in bestimmten Einzelfällen vom derzeitigen Belegungsverfahren, nämlich dem Vorschlag von 3 geeigneten Wohnungsbewerbern an den Vermieter, abgewichen.

Ein dringend zu versorgender Haushalt wird gezielt als „Einer-Vorschlag“ benannt, um die schon mehrfach im Konkurrenzverfahren des „Dreier-Vorschlags“ gescheiterten Mietbewerber oder aktuell zu versorgenden Haushalte vor der „Bestenauslese“ zu schützen.

Im Vorfeld dieser „Einer-Vorschläge“ spricht der Sozialarbeiter mit den Wohnungsgesellschaften ab, ob der vorgesehene Haushalt in die Mieterstruktur passt bzw. welche Besonderheiten bei dem konkreten Mietobjekt zu berücksichtigen sind. Erst dann wird mit dem Haushalt die Wohnung besichtigt und festgestellt, ob Größe, Ausstattung und Lage den Bedürfnissen entsprechen. Die Angemessenheit der Miete und die Möglichkeit eines Kautions-Darlehens sind in der Regel beim Besichtigungstermin bereits geklärt. Bei der Zusammenstellung der Mieterunterlagen und der Vorsprache bei den Wohnungsgesellschaften werden die Haushalte bei Bedarf unterstützend begleitet.

Bei den Wohnungsgesellschaften löste das Verfahren eine positive Resonanz aus, da die Haushalte gezielt ausgesucht wurden, die Miet- und Kautionsübernahme im Vorfeld schon mit den Kostenträgern (SGB II / SGB XII) abgesichert war und Verfahrensabläufe verkürzt wurden.

Gezielte Rückfragen bei den Vermietern zu den bisher vermittelten Haushalten (zur Vermittlung siehe weiter unten) ergaben zum jetzigen Zeitpunkt, dass es lediglich bei zwei Haushalten Schwierigkeiten in der Einzugsphase gab, die aber im Zusammenspiel von Belegungsmanagement, Vermieter, Mieter und Kostenträger zufriedenstellend für alle Seiten gelöst werden konnten.

konnten.

Wohnraumversorgung im Rahmen des Belegungsmanagements

Im Rahmen der Kooperation mit Vermietern konnten 52 Wohnungen für die benachteiligten Zielgruppen akquiriert werden.

Insgesamt konnten so 103 Personen, davon 40 Kinder/ Jugendliche, in eine angemessene Wohnung vermittelt werden:

Anzahl der vermittelten Haushalte nach Größe*						
1 Pers. HH	2.Pers.HH	3. Pers. HH	4. Pers.HH	5. Pers.HH	6.Pers.HH und mehr	Gesamt
24	17	3	4	4	0	52

(*Stand 31.07.2013)

Eine Alleinerziehende mit 3 Kindern wurde auf eigenen Wunsch ins Umland vermittelt. Eine ältere Person fand über die Kooperation mit einer Wohnungsgesellschaft im nördlichen Ruhrgebiet eine angemessene Wohnung.

Im Berichtszeitraum hat das Amt für Wohnungswesen für 2685 Haushalte einen Wohnberechtigungsschein (WBS) ausgestellt. Von diesen Haushalten baten 59 % (1599 Haushalte) um eine Vermittlungshilfe in angemessenen bezahlbaren Wohnraum.

Immer schwieriger wird die Versorgung von Haushalten, denen wegen besonderer persönlicher Problemlagen der Zugang zu angemessenem Wohnraum erschwert bzw. völlig verwehrt wird aufgrund der angespannten Wohnraumsituation in Münster. Deutlich wird dieses am Rückgang der Freimeldungen von Sozialwohnungen mit Belegungsrecht. Wurden dem Amt für Wohnungswesen im Jahre 2011 noch 280 Wohnungen gemeldet, so waren es von August 2012 bis Juli 2013 lediglich 157 Wohnungen.

Anzahl der mit Belegungsrecht frei gemeldeten Wohnungen nach Haushaltsgröße im Zeitraum vom 01.08.2013 bis 31.07.2013						
1 Pers. HH	2.Pers.HH	3. Pers. HH	4. Pers.HH	5. Pers.HH	6.Pers.HH und mehr	Gesamt
66	44	21	19	7	0	157

Mit Unterstützung des neuen Belegungsmanagements haben 39 Haushalte mit besonderen Vermittlungsschwierigkeiten eine Wohnung mit Belegungsrecht angemietet.

Damit wurden ca. 25 % der frei gemeldeten Wohnungen von der o.g. Zielgruppe belegt. In enger Abstimmung mit den Vermietern achtete der verantwortliche Sozialarbeiter auf eine sensible Wohnungsbelegung, bei der die Besonderheiten der jeweiligen Hausgemeinschaften und der Wohnquartiere berücksichtigt wurden.

Zu den 39 Wohnungen mit Belegungsrecht konnten weitere 7 öffentlich geförderte Wohnungen ohne Belegungsrecht und 6 freifinanzierte Wohnungen für den Personenkreis akquiriert werden.

(Stand 31.07.2013).

Die mit Wohnraum versorgten Haushalte teilten sich in folgende Zielgruppen auf:

Alleinerziehende Frauen aus dem Frauenhaus:	5
Alleinerziehende:	10
Einzelpersonen (ofW) mit Beschäftigung:	6
Einzelpersonen:	11
Familien	7
Rollstuhlfahrer:	6
Ältere Personen (über 60 Jahre)	7

Von den insgesamt 171 betreuten Haushalten konnten somit 52 mit einer Wohnung versorgt werden. Bei 11 Haushalten ist die Bonität so schlecht, dass eine Vermittlung zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich erscheint. Diesen Haushalten wurden Informationen mit Ansprechpartnern von Schuldnerberatungsstellen ausgehändigt, sofern noch kein Kontakt bestand.

Bei 3 Haushalten wurde die Unterstützung abgebrochen. Es stellte sich heraus, dass es nur um eine Wohnqualitätsverbesserung ging, da konkret angebotener ausreichender Wohnraum mit Hinweis auf die Lage, Ausstattung oder Größe ohne nachvollziehbare Begründung abgelehnt wurde.

Kooperation mit städtischen Einrichtungen und sozialen Trägern

Das Belegungsmanagement hat sich zwischenzeitlich als Ansprechpartner für Sozialamt, Job-center und Gesundheitsamt etabliert. Die Ziele der Zusammenarbeit sind

- Reduzierung der Kosten für die Unterkunft
- Bessere Vermittlungschancen für Arbeitslose infolge einer stabilen Wohnraumsituation
- Vermeidung des Verlustes des Arbeitsplatzes, Vermeidung von Transferleistungen
- Verbesserung der Wohnraumsituation, um eine gesundheitliche Stabilisierung zu ermöglichen bzw. zu verbessern.

Soziale Einrichtungen und Träger wie der Sozialdienst Wohnungsnotfälle, Einrichtungen zur Unterbringung von wohnungslosen Männern und Frauen, Träger des betreuten Wohnens etc. nutzen die Kooperation mit dem Belegungsmanagement, um ihren Klienten bei

- der Verhinderung von Obdachlosigkeit
- der Reintegration in eine Wohnung nach Wohnungslosigkeit
- der Umsetzung von individuellen Hilfeplänen ihrer Zielgruppe

zu unterstützen.

Fallbeispiele aus dem Belegungsmanagement

An drei Fallbeispielen soll die praktische Arbeit des Belegungsmanagements dargestellt werden:

Fall 1:

Frau S. hat 4 Kinder und ist alleinerziehend. Sie hat eine Migrationsvorgeschichte und verfügt nur über geringe Deutschkenntnisse. Die Familie bezieht Leistungen nach dem SGB II. 2 Kinder im Alter von 11 und 13 Jahre sind auf einen Rollstuhl angewiesen. Sie wohnte in einer kleinen, nicht rollstuhlgerechten 4-Zimmer-Wohnung ohne barrierefreies Bad/Toilette und war seit über 3 Jahren in der Vermittlungsliste des Amtes für Wohnungswesen registriert. Die Caritas Wohnungsnothilfe begleitete die Familie seit 2 Jahren.

Die Lebenshilfe hat immer wieder angemahnt, dass eine barrierefreie Wohnung mit Zugang zu Toilette und Bad notwendig sei, damit die Kinder im Rollstuhl die Toilettennutzung lernen können. Frau S. hat seit 2009 vier Wohnungsangebote erhalten, zwei Wohnungsangebote erwiesen sich als ungeeignet, bei den anderen beiden Angeboten hatte sich der Vermieter für einen anderen Haushalt entschieden.

Im Rahmen des Belegungsmanagements stellte sich bei der Besichtigung einer 5-Zimmer-Wohnung heraus, dass diese Wohnung barrierefrei war und durch den unkomplizierten Rückbau der Badewanne der Zugang zur Toilette und bodengleichen Dusche möglich ist. In Absprache mit der Wohnungsgesellschaft und dem Kostenträger konnte die Familie dort einziehen. Somit konnte eine erhebliche Entlastung der alleinerziehenden Frau erreicht und den behinderten Kindern eine barrierefreie Unterbringung zur Verfügung gestellt werden.

Fall 2:

Herr T. war aufgrund der Trennung von seiner Frau vor 8 Monaten obdachlos geworden. Er hat eine Migrationsvorgeschichte. Als Zivilangestellter bei der Britischen Rheinarmee wird er in verschiedenen Orten eingesetzt (Bielefeld, Münster und Osnabrück). Er hatte bereits 4 Wohnungsangebote erhalten. Immer wieder wurde ein anderer Bewerber genommen. Herr T. berichtete, dass er in der Kaserne übernachtet, obwohl dies für Zivilangestellte nicht erlaubt wäre. Es bestand die Gefahr, dass er seinen Arbeitsplatz verliert, wenn die unerlaubten Übernachtungen entdeckt worden wären.

Durch die gezielte Kontaktaufnahme zu einem Vermieter und ausführlichen Erläuterung der Situation konnte Herr T. im Rahmen eines „Einer-Vorschlages“ mit angemessenem Wohnraum versorgt werden. So konnte der berechtigten Sorge vor einem Arbeitsplatzverlust begegnet und ggf. Arbeitslosigkeit vermieden werden.

Fall 3:

Eine Mitarbeiterin eines Frauenhauses bat um dringende Unterstützung bei der Wohnraumversorgung einer alleinerziehenden Mutter mit einem „Frühchen“. Das Kind ist blind geboren und leidet an zahlreichen Allergien, so dass Mutter und Kind im Frauenhaus nur nachts ihr Zimmer verlassen konnten. Grund hierfür war, dass durch Kontakt mit den anderen Kindern und Frauen allergische Reaktionen ausgelöst würden. Die Situation war für alle Beteiligten dramatisch.

Im Rahmen des Belegungsmanagements nahm der Sozialarbeiter Kontakt zu einer Wohnungsgesellschaft auf, die kurzfristig eine freifinanzierte Wohnung zur Verfügung gestellt hat. So konnte eine angemessene Wohnraumversorgung für Mutter und Kind erreicht und die unglückliche Situation im Frauenhaus beendet werden.

Resümee und Ausblick

Deutlich wird, dass die Unterstützung und Begleitung der am Wohnungsmarkt besonders benachteiligten Haushalte notwendig, sinnvoll und erfolgreich ist. Auch als Ansprechpartner für die

beteiligten sozialen Träger und städtischen Ämter hat sich das Belegungsmanagement als wichtiges Unterstützungsinstrument schon im ersten Jahr etabliert.

Deutlich wird aber auch, dass aufgrund der stetig voranschreitenden Verknappung von preiswertem Wohnraum in Münster eine eigenständige erfolgreiche Wohnungsversorgung der besonders benachteiligten Personen mit finanzierbaren Wohnungen nicht gelingt. Ein Beleg für diese Situation sind die noch nicht in angemessenen Wohnraum vermittelten 119 Haushalte. Monatlich melden sich mittlerweile weitere ca. 20 Haushalte, die dringende Unterstützung benötigen.

Das Belegungsmanagement wird in den nächsten Monaten konsequent fortgeführt. Die Verwaltung wird den politischen Gremien im 1. Quartal 2014 erneut zu den Erfahrungen und Wirkungen des Belegungsmanagements berichten.

I.V.

Thomas Paal
Stadtrat

Punkt 4 der Tagesordnung

Entscheidungen

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0680/2013

Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten

Herr Marinos rief den nächsten Tagesordnungspunkt auf: Abstimmung zur Vorlage „Die Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten.“

Er führte aus, dass neben den hier aufgeführten Zuschüssen, es auch noch weitere Zahlungsverpflichtungen geben wird:

Die GGUA wird zusammen mit dem Integrationsrat auch noch eine weitere Veranstaltung zum Thema „Flüchtlinge“ planen und durchführen. Auch eine Fortsetzung der begonnen Reihe des Griechenland-Seminars über die Völker des Balkans während der Nazizeit und den Greueltaten dort würde einzuplanen sein. Und wie auch im letzten Jahr wird es einen Beitrag in Höhe von 200,00 € für die Evangelische Kreiskirchenverwaltung, Herrn Pfarrer Krefis geben, der den Ökumenischen Gottesdienst während des Interkulturellen Festes organisiert und durchführt.

Aus diesem Grund, so Herr Marinos weiter, habe er nun erst einmal für alle aufgetretenen Gruppen einen Betrag von jeweils 150,00 € als Zuschuss vorgesehen. Mit einer Ausnahme: Die Familie des Künstlers Jorge Hidalgo hatte mit Ihrem Auftritt in den Fußgängerzonen und zwei Auftritten auf den Bühnen einen besonderen Beitrag geleistet, so dass hier seines Erachtens ein Beitrag von 400,00 € gerechtfertigt sei.

Das Gremium diskutierte zu den vorgeschlagenen Zuschüsse und tauschte die Argumente aus.

Herr Marinos bat auch das Gremium, für das nächste Jahr Vorschläge für die Durchführung des Interkulturellen Festes zu machen. Nun sei das aber ein sehr großer Aufwand wieder gewesen, der einen Großteil der Finanzen gefordert habe. Daher müsse er vorsichtig mit den verbliebenen Mitteln planen.

Herr Yesilyaprak stellte den Antrag zur Abstimmung. Es wurde keine Gegenrede gestellt und Herr Marinos rief zur Abstimmung auf.

Das Gremium stimmte einstimmig, bei einer Enthaltung den vorgeschlagenen Zuschüssen zu.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Folgende Zuschüsse werden gewährt:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
36	Upla e.V.	Seminar zu „Motivation und Führungskompetenz“ am 10.08.2013	150,00	Beantragt: 180,00 €
37	Arbeitskreis International e.V. – Türkischer Arbeiter- und Studentenverein MS e.V.	Interkulturelles Ramadanfest	250,00	Beantragt: 350,00 €
38	IGC International Gospel Church e.V.	Integrationstag am 03.11.2013	250,00	Beantragt: Offen Gesamtkosten: 931,00 €
39	IGC International GospelChurch e.V.	Gospelkonzert im Fürstenberghaus – “in Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat der Stadt Münster”	250,00	Beantragt: Offen Gesamtkosten: 1.304,98 €
40	Upla e.V.	4. Lateinamerikanische Wochen in Münster – 12.10. – 22.11.2013	350,00	Beantragt: 1.350,00 € Gesamtkosten: 8.030,00 €
41	Rroma Lehrer Verein für Schulbildung und Kultur Münster	„Rroma aus Albanien – Bleiberecht d.h. Kampf ums Überleben“ - Runder Tisch am 01.10.2013, 14.00 Uhr	200,00	Beantragt: 350,00 €
42	NRN-Germany e.V. & Namaste e.V.	Nepalesische Benefiz- und Kulturveranstaltung am 07.10.2013	350,00	Beantragt: Offen Gesamtkosten: 685,50 €
43	Tania Pentcheva	Gitarrenkonzert am 22.10.2013 u.a. in Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat der Stadt Münster	50,00	Beantragt: Offen Gesamtkosten: Nicht bekannt

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
44	Jorge Hidalgo und Gruppe	Straßenmusik in der Innenstadt Und Auftritt auf der Bühne Klemensstraße	400,00 €	***
45 – 66	Gruppen, Einzelauftritte und Beiträge nach dem Programm – siehe Anlage: „Programm Interkulturelles Fest 28.09.2013 im Rathausinnenhof (Bühne 1) und auf der Klemensstraße (Bühne 2)“	Auftritte beim Interkulturellen Fest	Je 150,00 €	***

*** **Abschläge auf Zu-**

schüsse

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 5.550,00 € entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations-und Integrationsma- nagement	2013	5.550,00	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:				5.550,00	

Begründung:

Die Verwaltung legt hiermit die Auflistung der bei der Geschäftsstelle des Integrationsrates vorliegenden Anträge auf Bezuschussung von Veranstaltungen und Projekten vor, über die ein Beschluss aussteht.

Die vorgeschlagenen Zuschussbeträge basieren auf Vorschlägen des Vorsitzenden des Integrationsrates.

I.V.

gez.
Thomas Paal
Stadtrat

Anlage

ANLAGE zu der Zuschussvorlage V/0680/2013**INTEGRATIONS RAT STADT MÜNSTER
WOCHEN 2013****INTERKULTURELLE**

Programm Interkulturelles Fest
im Rathausinnenhof (Bühne 1) und auf der Klemensstraße (Bühne 2)

28.09.2013

Ab 10:00 Einladung zum Fest mit Straßenmusik in der Innenstadt mit der kolumb. Gruppe Hidalgo

Nr. 44*

Um 11:00 der traditionelle ökumenische Gottesdienst in der Dominikanerkirche

Ab 12:00 das 6. Friedensmal auf dem Platz des Westfälischen Friedens

Um 12:30 offizielle Eröffnung: Oberbürgermeister der Stadt Münster Markus Lewe
Vorsitzender des Integrationsrates Spyros Marinos

Motto 2013: WER OFFEN IST, KANN MEHR ERLEBEN.

RASSISMUS ENTSTEHT IM KOPF. OFFENHEIT AUCH.

Bühne 1 – Rathausinnenhof	Zeit (ca.)*	Bühne 2 – Klemensstr.
Kinderspiele, Hüpfburg, Musik durchgehendes Programm auf dem Platz bis 19:00	12:45	Anmoderation und kurze Beiträge Nr. 55
Chibugo Cultural Dance and Song – St. Pius Kirche Nr. 45	13:00	Kindertänze aus Russland, Sri Lanka, Türkei Nr. 56
Instalation – politische Aktion (Jorge Hidalgo) ab 16:30 bis 19:00 Nr. 44 *	13:30	Janina Ribeiro – Gesang Nr. 58
Türkische Musikgruppe „Efsane“ Nr. 46	14:00	Tania Pentcheva – Konzertgitarre Nr. 59
Katja Usunov – Tango Passion e.V. Nr. 47	14:30	Internationals Gospel Church – Gesang Nr. 60
Tara Thapa – nepalsische Tänze (Namasté e.V.) Nr. 48	15:00	Bukowski – internationale Musik Nr. 61
Affection – internationale Musik Jugendband der Geistschule Nr. 49	15:30	Ungarische Folklore: Tünde Gajdos mit Klavierbegleitung (Deutsch-Ungarische Gesellschaft)

		Nr. 62
Tanz und Musik aus Peru (Upla e.V.) Nr. 50	16:00	Angklung Gruppe Münster – indonesische Musik und Tanz Nr. 63
Bulgarischer Frauenfolkloretanz Deutsch-Bulgarische Elterninitiative Nr. 51	16:30	Zumbanitas Tropical Dance Nr. 64
I.M. Tiempo „O magico las vivencias“ Gesang und Spiele, Instrumente aus Brasilien, Peru und Australien Nr. 52	17:00	Capoeira-Bühnenshow (Jorge Hidalgo und Gruppe) Nr. 44*
Iranische Musik- und Gesangsgruppe Poll e.V. Nr. 53	17:30	Lettische Folkstanzgruppe Nr. 65
Emamjomeh Melodi – iranische Musikgruppe Nr. 54	18:00	Bubakarr and Band – World Musik Nr. 66
	19:00	Niasony Okomo – Afroband Nr. 67
Auftritte nach 20:00 möglich, voraussichtliches Ende ca. 21:00		

*Veränderungen und Zeitverschiebungen möglich

Stadtrundgänge mit multikulturellem Charme: „Münster mit anderen Augen“

Treffpunkt: jeweils um 14:00 und 16:00 Uhr vor dem Rathaus (Prinzipalmarkt)

(Ein Beitrag der Werkstatt Bildung und Kultur im Rahmen des Interkulturellen Festes)

Wir bedanken uns für Ihre zahlreichen Angebote als Ihr Beitrag für ein kosmopolitisches Leben in unserer Stadt und bedauern, dass wir nicht alle Angebote in einem Tag unterbringen konnten. Wir wünschen Ihnen einen angenehmen Tag! Auf Wiedersehen im Jahre 2014!

Im Namen der Veranstaltergemeinschaft: Spyros Marinos, Vorsitzender

Punkt 4.2 der Tagesordnung V/0757/2013

Wahl des/der Vertreter/in im Fachbeirat des Kommunalen Integrationszentrum Münster

Herr Powroznik warb für seine Wahl auf das Amt im Beirat des Kommunalen Integrationszentrums (KI) mit einer Darlegung seines Lebenslaufes und seinen fachlichen Qualifikationen.

Frau Eschkotte und auch Herr Dr. Tsakalidis sprachen sich zur Aufstellung von Herrn Spyros Marinos aus. Dieser stimmte seiner Aufstellung zur Wahl zu.

Es wurde zur Abstimmung zur Wahl von Herrn Powrznik in den Beirat des Kommunalen Zentrums aufgerufen: Es wurden zwei Jastimmen abgegeben. Die Wahl war damit nicht erfolgreich.

Es wurde zur Abstimmung zur Wahl von Herrn Marinos in den Beirat des Kommunalen Zentrums aufgerufen: Drei Stimmen enthielten sich. Es gab keine Gegenstimmen. Damit wurde Herr Marinos einstimmig als Vertreter des Integrationsrates in den Fachbeirat des Kommunalen Integrationszentrums gewählt.

Nach einer Diskussion im Gremium darüber, wie lange diese Vertretung andauere, wurde festgestellt, dass dies nur für die Dauer der Legislaturperiode sein kann. Außerdem stellte Herr Saber den Antrag, dass auch ein Stellvertreter gewählt werden solle, der Herrn Marinos vertreten könne.

Es wurde zur Abstimmung aufgerufen, ob das Gremium sich für einen Stellvertreter ausspricht. Einstimmig, ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltung stimmte der Integrationsrat für die Wahl eines Stellvertreters. Herr Powroznik stand für diese Wahl, nicht zu Verfügung. Herr Marinos bat um Vorschläge. Frau Eschkotte, Herr Dr. Yavuz, Herr Manrique Barrera und Herrn Dr. Avlar wurden vorgeschlagen, lehnten aber die Aufstellung zur Wahl ab. Herr Saber wurde zu Wahl vorgeschlagen. Er nahm die Aufstellung an.

Es wurde zur Abstimmung aufgerufen: Herr Saber wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen zum Stellvertreter von Herrn Marinos im Fachbeirat des KI gewählt.

I. Sachentscheidung:

Der Integrationsrat wählt Herrn Spyros Marinos zur/ zum Vertreter/in im Fachbeirat des Kommunalen Integrationszentrums. Das Gremium entscheidet sich außerdem zur Wahl eines Stellvertreters und wählt einstimmig Herrn Deler Saber zum Stellvertreter von Herrn Marinos im Fachbereich des Kommunalen Integrationszentrums.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und Folgekosten.

Begründung:

Die Vorlage V/0499/2013 „Einrichtung des Fachbeirats für das Kommunale Integrationszentrum in Münster“ wurde am 25.09.2013 beschlossen.

Mit der Einrichtung des Fachbeirats soll auch ein Vertreter des Integrationsrates entsandt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung**Berichte aus den Ausschüssen**

Herr Dr. Yavuz erbat sich eine Pause von einer Viertelstunde: 20.00 – 20.15 Uhr.

Es wurde darüber abgestimmt: Mit 3 Neinstimmen wurde der Antrag mehrheitlich angenommen. Es wurde sich zu 20.15 Uhr verabredet.

Herr Powroznik fragte nach der Pause, ob es denn auch regelmäßig Berichte aus dem Fachbeirat an den Integrationsrat gebe. Herr Marinos sicherte dies zu.

Herr Cetinkaya berichtete von der Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates am 09.11.2013, zur der dann auch zur Änderung des §27 GO NRW diskutiert werden würde. Er fragte Herr Powroznik, ob dieser eventuell Interesse hätte, als Gast teilzunehmen.

Herr Powroznik erläuterte, dass er am 14.10.2013 in Düsseldorf an einer Podiumsdiskussion teilnehmen werde. Und bereits am 22.11.2013 würde die Novellierung des Gesetzes im Landtag stattfinden.

Da es Nachfragen gab, warum die LAGA die Mitgliederversammlung nicht in Münster abgehalten habe, erläuterte Herr Köhnke dies mit den Raumproblemen im Stadtweinhaus. Die Anfrage war für diesen Zeitraum zu kurzfristig gestellt worden, so dass man die gewünschten repräsentativen Räume nicht mehr zur Verfügung stellen konnte.

Herr Marinos fragte nach Berichten aus den Ausschüssen.

Herr Marinos berichtete nun selbst noch vom Friedensbeirat. Herr Pfarrer Dechoff hatte im Vorraum des Friedenssaales einen Gottesdienst vor vollem Haus zelebriert. Die nächste Sitzung würde am 11.10.2013 stattfinden.

Punkt 6 der Tagesordnung**Verschiedenes****Punkt 6.1 der Tagesordnung****Offene Diskussion zur Änderung der Gemeindeordnung, § 27 GO**

Herr Marinos rief zum nächsten Tagesordnungspunkt auf. Dazu gäbe es einen Entwurf von Herrn Powroznik, der ausgelegt worden sei. Er sei zwar der Meinung, dass der Referentenentwurf gefertigt sei und weitere Vorschläge und Einwendungen nun nicht mehr gehört werden würden. Aber er habe den Antrag aufgenommen, diesen Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Herr Powroznik stellte seine Einschätzung dar. Er sei darüber enttäuscht, dass diese Diskussion bereits seit Monaten geführt werde sollte. So habe er selbst in 2 Sitzungen immer wieder darauf Bezug genommen. Er führte auch weitere Aktionen der Piratenpartei dazu aus. Selbst vom Deutschen Städtetag sei ein Vorschlag vorgelegt worden. Er zeigte sich sehr enttäuscht darüber, dass dieses Thema so, wie er sagte „abgewiegelt“ werde.

Herr Marinos erörterte, warum er der Überzeugung sei, dass es zum jetzigen Zeitpunkt seines Erachtens nach einigen Gesprächen mit seinen Beratern aus verschiedenen Fachkreisen, zu

keiner Wirkung von Einwendungen mehr kommen werde. Aber er wolle gerne noch diskutieren.

Herr Powroznik bat um konstruktive Gegenvorschläge.

Herr Marinos äußerte seine Meinung, dass es eine klare Politiklinie sei, die er da ausmachen würde: Die Politik wolle mit diesem Gesetz die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nunmehr zum Anhängsel und nicht als politische Macht einsetzen.

Herr Cetinkaya nahm den Antrag von Herrn Powroznik auf und sagte, dass er sich dem anschließen wolle und bat zur Abstimmung. Gleichzeitig fragt er auch, ob das Gremium beschlussfähig sei.

Herr Marinos stellte fest, dass gerade die Frage gestellt worden war, ob das Gremium beschlussfähig sei. Da aber nunmehr nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend war, stellte Herr Marinos an dieser Stelle die Beschlussunfähigkeit fest.

Das Gremium diskutierte nun im folgenden sehr engagiert bis hitzig über dieses Thema sowie den Umständen, die dazu führten, dass der Integrationsrat nun selbst dazu keine Stellung beziehen würde. Nach und nach verabschiedeten sich weitere Mitglieder. Teilweise auch unter Protest.

Herr Dr. Yavuz stellte den Antrag, die Diskussion nun zu beenden.

Herr Köhnke schlug vor, dass die Niederschrift, diese teils persönlich geführte Diskussion nicht in der Ausführlichkeit wiedergeben solle.

Es stimmten alle verblieben Mitglieder einstimmig zu.

Punkt 6.2 der Tagesordnung

Beratungspläne für die Sitzungen der Fachausschüsse - Beratung des Haushaltsplanes 2014

Herr Köhnke stellte fest, dass sich das Gremium nun so langsam auflöse.

Es habe seinerzeit die Forderung gegeben, dass man zum Haushalt informiert werden wolle.

Die Haushaltsmittel würden auch für das folgende Jahr, wie dieses Jahr mit 39.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Die Informationen könnten, da Sie nun an dieser Stelle nicht abgegeben werden könnten, auch erfragt werden.

Herr Marinos erklärte um 21.15 Uhr die Sitzung als beendet.

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Regina Etienne
Schriftführung

